

Abg. J. Becker teilte mit, die CDU-Fraktion stimme dem von der Verwaltung vorgelegten neuen Haushaltsplanentwurf 2004 sowie dem in der Beschlussvorlage gewiesenen Weg zu. Die Verschlechterungen, die sich aus der Verschiebung der Hartz-Reform sowie aufgrund der immer neuen finanziellen Belastungen der kommunalen Ebene ergäben, müssten zum einen dadurch, dass die Städte und Gemeinden nicht mehr an den ursprünglich erwarteten Verbesserung partizipieren könnten und zum anderen durch die vollständige Auflösung der allgemeinen Rücklage, die nichts anderes als in der Vergangenheit zuviel gezahlte und zurückgelegte Kreisumlage sei, kompensiert werden. Die CDU-Fraktion lehne es ab, die allgemeine Rücklage nur zum Teil aufzulösen und ein offenes Defizit auszuweisen. Ebenso wenig unterstütze sie den Vorschlag, RWE-Aktien zu verkaufen, da dies eine Option für die Zukunft bleiben solle. Insbesondere vor dem Hintergrund erwarteter steigender Dividendenzahlungen mache ein Verkauf der Aktien zur Zeit keinen Sinn. Mit dem vorgelegten Entwurf eines ausgeglichenen Kreishaushalts 2004 könne eine Erhöhung der allgemeinen Kreisumlage, die ohnehin vergleichsweise niedrig sei, weiterhin vermieden werden. Dieses Ergebnis könne sich auch im Vergleich mit vielen anderen Kreisen in Nordrhein-Westfalen sehen lassen. Vorschläge, wie z.B. pauschale Kürzungen im Sachkostenbereich, seien nicht geeignet, das strukturelle Defizit im Kreishaushalt zu beseitigen.

Abg. Hartmann kritisierte, die SPD-Kreistagsfraktion vermisse in dem vorgelegten neuen Haushaltsplanentwurf 2004 die eigenen Leistungen des Kreises zur Konsolidierung des Haushaltes, insbesondere im Sach- und Personalkostenbereich. Die vorgeschlagenen Änderungen gegenüber dem Doppelhaushalt beschränkten sich auf die Herausrechnung der Hartz-Reform sowie die Anpassung an das Ergebnis des Vorjahres. Hierin sei keine Revision des bisherigen Haushaltsentwurfs zur Eindämmung des strukturellen Defizits zu sehen. Es sei notwendig, ausgabeseitig deutliche Einsparungen herbeizuführen. Seit dem Haushalt 2001 fordere die SPD-Fraktion, soweit dies aus eigener Kraft nicht möglich sei, hierzu externen Sachverstand in Anspruch zu nehmen. Auch die Höhe der Neuverschuldung werde nicht korrigiert. Seine Fraktion habe ebenso wie die FDP vorgeschlagen, zu diesem Zweck RWE-Aktien zu verkaufen. Es sei in Anbetracht der derzeitigen finanziellen Lage nicht angemessen, weiter an derartigen Vermögensbestände festzuhalten.

Abg. Nowak führte aus, er begrüße es ebenfalls, wenn eine Erhöhung der allgemeinen Kreisumlage vermieden werden könne. Hierzu dürfe die allgemeine Rücklage aber nicht vollständig aufgelöst werden, da dies zu Liquiditätsengpässen bei der Kreiskasse und damit zu höheren Kassenkrediten und höheren Zinsbelastungen führe. Er erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass sich sowohl die Mehrheitsfraktion wie auch der Kämmerer genau mit diesem Argument bisher gegen eine Auflösung der Rücklage ausgesprochen hätten. Des Weiteren halte die FPD-Kreistagsfraktion einen nochmaligen Anstieg der Neuverschuldung nicht für akzeptabel, weshalb sie beantragt habe, zur Vermeidung dessen sowie zur Ablösung eines Kredites, für den die Zinsbindung auslaufe, RWE-Aktien zu veräußern. Insgesamt müssten demnach im Juli 2004 Aktien mit einem Gegenwert von rd. 3,5 Mio € und im Dezember Aktien mit einem Gegenwert von rd. 11 Mio € verkauft werden. Dafür spreche im Übrigen auch, dass der Kreishaushalt durch Kredite deutlich stärker belastet als er durch Dividendenzahlungen aus dem Aktienbesitz entlastet werde, was ebenfalls zu Liquiditätsproblemen beitrage. Der Kreis könne die Annuitätenlast aus seinen Kreditverbindlichkeiten schon heute nicht mehr schultern.

Abg. H. Becker vertrat die Auffassung, die RWE-Aktien sollten zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht verkauft werden. Bei der Frage, ob es günstiger sei, Kredite abzulösen oder Dividendenzahlungen einzunehmen, müsse auch berücksichtigt werden, dass steigende Dividenden in der Regel einhergingen mit einem steigenden Börsenkurs der jeweiligen Aktie. Er persönlich würde es begrüßen, wenn über einen Aktienverkauf, der dann in mehreren Chargen erfolgen solle, ab einem Börsenkurs von über 40,- € nachgedacht würde. Er teile die Einschätzung, der Personalhaushalt des Kreises sei der schwierigen Situation, die jetzt und in den nächsten Jahren auf die Kommunen zukomme, nicht mehr angemessen. Hier seien deutlichere Maßnahmen erforderlich. Er stimme der SPD und auch der FDP jedoch nicht zu, wenn der Eindruck erweckt werde, dass mit den erforderlichen Anpassungen in diesem Bereich der Kreishaushalt saniert werden könne. Die Fraktion von Bündnis90/DIE GRÜNEN werde sich auf der nächsten Fraktionssitzung darüber hinaus noch einmal den

Gesamthaushalt im Lichte der Kette von Entscheidungen zum Thema BRS, die ihn mittlerweile tief verärgerten, ansehen. Er weise darauf hin, dass diese Vorgänge für ihn wesentlich mit dem Kreishaushalt zusammenhängen, da sich hier die Frage stelle, wie mit den Kreisfinanzen umgegangen werde. Auch bezüglich des Verkaufs von RWE-Aktien sei seine Meinungsfindung noch nicht abgeschlossen, weil diese eine zusätzliche Dispositionsmasse bei Geschäften im Zusammenhang mit der BRS darstellten.

Abg. Nowak stellte klar, der FDP-Fraktion sei selbstverständlich bewusst, dass das strukturelle Defizit im Kreishaushalt mit ihren Anträgen nicht beseitigt werden könne. Es sei aber dennoch dringend erforderlich, umzusteuern und einen Neuanfang zur Konsolidierung des Kreishaushalts zu machen. Als solchen verstehe die FDP ihre Anträge.

Abg. Hoffmann führte aus, die seinerzeitige Abstimmung über die Fragen in Zusammenhang mit der BRS hätten unter einem sehr großen Zeitdruck stattgefunden und allen Beteiligten sei bewusst gewesen, dass an diesen Verträgen noch Beratungsbedarf bestanden hätte. Er halte es nicht für sinnvoll, die erforderlichen Anpassungen jetzt stückweise vorzunehmen. Besser wäre es, noch einmal alle Bereiche dieser Thematik zu diskutieren, um zu einer abschließenden Bewertung zu kommen. Er könne sich vorstellen, dies im Rahmen einer Sondersitzung des Finanzausschusses zu tun. Zur Diskussion über den Verkauf von RWE-Aktien wies er darauf hin, dass die kommunalen Aktionäre bisher erfolgreich Einfluss auf die Geschäftspolitik von RWE nehmen konnten, da sie aufgrund von Sonderstimmrechten eine Mehrheit hatten. Bei einem Aktienverkauf könne sich dies ändern, womit das Risiko einer Übernahme der RWE durch größere Konkurrenten verstärkt würde.

Nach dem Hinweis des Abg. Overath auf die Broschüre der Kreisverwaltung „Der Rhein-Sieg-Kreis auf dem Weg zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen“, die im Zusammenhang mit der Diskussion über den Personalhaushalt des Kreises sehr hilfreich und informativ sei, und einem weiteren Wortbeitrag des Abg. H. Becker ließ der Vorsitzende ohne weitere Aussprache über die Haushaltsanträge der Fraktionen und Empfehlungen der Fachausschüsse (Seiten 43 – 55 des Einladungsnachtrags vom 04.06.2004) abstimmen. Die Abstimmungsergebnisse können der **Anlage 2**, die insoweit Bestandteil der Niederschrift ist, entnommen werden. Anschließend wurde über den Gesamthaushalt entsprechend der Beschlussvorlage der Verwaltung wie folgt abgestimmt:

B.-Nr. Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden
347- Beschluss vorzuschlagen:
356/00

„Der Kreistag beschließt, der von der Verwaltung im Entwurf vorgelegten Haushaltssatzung 2004 mit Haushaltsplan und Anlagen unter Berücksichtigung der sich aus den Beratungen im Finanzausschuss ergebenden Veränderungen zuzustimmen.“

Abst.- **MB ./ SPD, FDP, E. B90/GRÜNE**
Erg.: